

**Erscheint wöchentlich einmal: Freitag.**

**Anzeigen: Die 6 gespaltene Vorgabzeile 20 Pfennig.**  
Im Abonnement oder bei Wiederholung entsprechend billiger.

**Schluss der Redaktion: Dienstag Mittag.**

# Die Stimme

**Abonnement**  
vierteljährlich 1.— Mark  
bei jedem Postamt und in der Expedition.

**Eingetragen in der Post-Zellungspreisliste.**

**Redaktion und Expedition:**  
Ulm a. d. Donau,  
Reichardtstr. 14, Telef. 1442.

**Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S. D.)**

Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/223. — Fernruf: Amt Köpenick 4720.

Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an Fritz Barnholt, Ulm a. D., Reichardtstraße 14. — Geldsendungen an W. Zille, Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221/223.

Nummer 40/41. **Ulm a. Donau, den 9. Oktober 1914.** 25. Jahrgang.

**Inhaltsverzeichnis:** Die Belastungsprobe der Organisation. — Die Arbeiterfürsorge — eine Quelle deutscher Kriegsbereitschaft. — Die deutsche Kriegsversicherung. — Im Salzbergwerk. — Kriegsereignisse 1914 (Fortf.). — Mundschau: Gegen die Arbeitslosigkeit im Holzgewerbe. Ueber die Lage des Arbeitsmarktes der Industrie der Holz- und Schnitthölzer. Familienunterstützung. Im Zeichen des Verkehrs. Vereinigte Pflanzfabriken Nürnberg. Berliner Tischerschule. Kriegszulage statt Gehaltsabzug. — Aus den Ortsvereinen: Sagen. Mannheim. — Aus der Rechtsprechung: Unberechtigter Herabsetzung der Unfallrente. Mann auf Gewährung eines Heilverfahrens geklagt werden? — Patentschau. — Anzeigen.

## Die Belastungsprobe der Organisation.

Alle Arbeiterorganisationen in Deutschland sind durch den Krieg gezwungen worden, ihre Unterstützungs-Einrichtungen mehr oder weniger zu ändern. Das war nicht nur in unserem Gewerksverein so, das mußte auch in den freien und den christlichen Gewerkschaften geschehen. Diese Organisationen haben die Erwerbslosen-Unterstützung bei Krankheit in Wegfall gebracht, die hierfür in Rechnung zu stellenden Mitgliederbeiträge werden zur Arbeitslosen-Unterstützung, die in vielen Verhältnissen auch gekürzt werden mußte, benutzt um die Organisation über die schlimmen Kriegszeit hinweg bringen zu können. Der Krieg bedeutet auch für die Arbeiterberufsvereinigungen eine schwere Belastung, die natürlich auch an unseren deutschen Gewerksvereinen nicht spurlos vorüber gehen kann.

Um eine solche Belastung aushalten zu können, mußten bekanntlich unsere Unterstützungen stark gekürzt werden und wir können wohl sagen, daß die große Mehrheit unserer Ortsvereine und Kollegen sich nach geschehener Aufklärung mit dieser Kürzung abgefunden und deren Notwendigkeit in der Kriegszeit erkannt hat. Allerdings gibt es auch Leute, die das nicht begreifen wollen, die für jede Aufklärung der gegenwärtigen Krise und jeden Beweis für die Notwendigkeit der jetzt getroffenen Maßnahmen unzugänglich sind. Sie wollen es nicht verstehen, daß es jetzt nicht möglich ist unsere guten und sicher angelegten Wertpapiere zu barem Gelde zu machen, daß wir diese Papiere nur bis zu 60 Prozent des Kurswertes beileihen können und dafür noch höhere Zinsen bezahlen müssen. Dabei ist recht eigentümlich, daß diejenigen Ortsvereine, die jahraus, jahrein hohe Unterstützungssätze aus der Hauptkasse bezogen haben, am lautesten gegen die Unterstützungs Kürzungen wettern, obwohl sie am wenigsten dazu beigetragen haben, für die Stärkung der Hauptkasse ihr Teil zu leisten. Das Schimpfen und Wettern all derjenigen, die nur haben und wieder haben wollen, kann den Hauptvorstand von seinen gefaßten Beschlüssen natürlich nicht abbringen, denn der Hauptvorstand ist sich seiner Verantwortung dem Gewerksverein gegenüber voll bewusst.

Allerdings müssen auch andere, die jahrelang Beiträge gezahlt und nichts an Unterstützung erhalten haben, jetzt unter der Unterstützungskürzung leiden. Das läßt sich aber nicht ändern, denn der Völkerring jetzt auch die Grenzen für die Leistungsfähigkeit einer Organisation fest und diese durch den Weltkrieg geschaffenen Grenzen kann man nicht willkürlich ändern, ohne die Organisation in schwerste Gefahren zu bringen. Gerade diese älteren Kollegen werden aber ganz genau wissen, daß die Organisation jetzt während des Krieges nicht alle ihre Mittel erschöpfen darf und daß bei weitem nicht alle aus der Kriegslage herausgewachsenen Unterstützungsnotwendigkeiten dazu dürfen, die lediglich für den wirtschaftlichen Kampf zusammen getragenen Mittel zu erschöpfen. Aber gerade diese älteren Kollegen sind es, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die den Vorderungen im Unterstützungsweesen volles Verständnis entgegen bringen. Diese Kollegen haben den Wert der Organisation und ihren Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse voll erkannt. Sie wissen, daß der Gewerksverein nicht zum reinen Unterstützungsverein herabsinken darf, sondern, daß er nach Beendigung des Krieges, die hoffentlich nicht allzulange auf sich warten läßt, vor neue und große Aufgaben zur Erfüllung seiner Grundzüge und Forderungen gestellt werden wird. Sehen wir denn nicht heut, wie rücksichtslos manche Arbeitgeber, die nicht zu den kleineren gehören, umspringen? Werden wir nicht nach dem Kriege auch für unsere aus dem Felde heimkehrenden Kollegen zu sorgen haben, wenn sie nicht gleich wieder logen: Arbeit finden und auf eine Arbeitsgelegenheit warten müssen? Gerade für sie, die Weib und Kinder verlassen mußten, die ihr Leben in die

Schanze schlugen um unser Vaterland und seine Kultur vor der Vernichtung durch unsere Feinde zu retten, während wir zu Hause sitzen, gerade für sie müssen wir unseren Gewerksverein über die Kriegszeit hinweg bringen. Diesen Kollegen müssen wir zeigen, daß wir nicht untätig waren, während sie für uns kämpften, sondern daß wir alle, Mann für Mann, unsere Pflicht zur Aufrechterhaltung unseres Gewerksvereins getan haben. Wir würden nicht wert sein, Gewerksvereiner zu heißen, wollten wir uns dieser Verpflichtung entziehen.

Eine solche Hingabe an unsere Sache erfordert allerdings Opfer. Aber der Opferstimm ist auch unter unseren Gewerksvereinskollegen nicht erloschen. Mehrfach ist uns mitgeteilt worden, daß Kollegen, die jahrelang ihre Arbeitsstelle inne hatten, die sie jetzt durch den Krieg, wenn auch vielleicht nur zeitweilig verloren haben, auf eine Unterstützung aus dem Gewerksverein Verzicht leisten. Sie haben erklärt, daß sie den Gewerksverein jetzt in dieser Zeit nicht belasten wollen, weil sie bisher noch gute Arbeit hatten und sich eine Zeitlang über Wasser halten können, auch ohne Unterstützung. Das beweist doch zweifellos, daß auch in unseren Kreisen der Idealismus für die Sache nicht ausgestorben ist. Jeder kann und soll aber auch nicht Verzicht leisten, doch muß ein solcher Opferstimm gebührend gekennzeichnet werden.

So hart auch für manchen unter uns die gegenwärtige Zeit sein mag, so erhebend ist aber auch die Tatsache, daß alle Glieder unseres Vaterlandes einig sind und die gemeinsame Not auch gemeinsam tragen. Diese Gemeinsamkeit der Interessen in der gegenwärtigen Zeit muß auch uns Gewerksvereiner immer fester zusammen schweißen. Da müssen persönliche Rücksichten schweigen, so schwer das auch für den einen oder den andern manchmal sein mag. Der Gedanke, als ob die Organisation während der Kriegszeit ihre Tätigkeit einstellen sollte, ist zu sinnlos, um überhaupt aufkommen zu können. Wir haben bereits gesagt, was wir die Organisation nicht erlahmen darf und wir sind dessen gewiß, daß auch diejenigen unter unseren Kollegen, die mit den jetzt gegebenen Verhältnissen nicht zufrieden sind, bei ruhiger Ueberlegung einsehen müssen, daß der Krieg eben ganz andere Maßnahmen notwendig macht, wie sie in Friedenszeiten üblich sind. Das sind bittere Wahrheiten, die sich nicht hinweg diskutieren lassen und an denen herumunörgeln nicht nur völlig zwecklos, sondern geradezu unverständlich ist.

Mögen unsere Kollegen im ganzen Reich sich bewußt sein, daß jeder einzelne auch dem Gewerksverein gegenüber seine Pflicht zu tun hat, wie es der Soldat im Felde dem Vaterland gegenüber tun muß. Mögen sie sich vergegenwärtigen, daß es eine absolute Unmöglichkeit ist, von der Organisation zu verlangen, sie solle alle Wunden heilen, die der Krieg schlägt. Das kann sie gar nicht, weil ihre Aufgaben auf anderen Gebieten liegen. Wer aber den ehrlichen Willen hat, an der Aufrechterhaltung der Organisation über den Krieg hinaus mit zu arbeiten, der muß vor allen Dingen jetzt erst recht seine Beiträge pünktlich bezahlen und auch, soweit es seine Mittel ermöglichen, die Sonderbeiträge leisten, die infolge der Kriegsnot von ihm verlangt werden. Die Beamten und alle Angestellten des Gewerksvereins sind hier mit gutem Beispiel vorangegangen und alle Kollegen, die noch einen annehmbaren Verdienst erzielen, mögen diesem Beispiel folgen. Freilich, alle Not kann nicht beseitigt werden, aber manche Not kann bei gutem Willen der Kollegen gemildert werden. Die harte Belastungsprobe, der alle Organisationen jetzt unterworfen sind, auch unser Gewerksverein, sie wird unsere Kräfte stählen, sie wird und muß uns noch enger zusammen bringen und wir werden diese Belastungsprobe auch durchhalten, wenn jeder seine Pflicht tut. (Regulator.)

## Die Arbeiterfürsorge — eine Quelle deutscher Kriegsbereitschaft.

Unter diesem Titel hat der Präsident des Reichsversicherungsamt Dr. Kaufmann in der Nr. 38 der „Woche“ einen Aufsatz veröffentlicht, der in den gegenwärtigen, für das Vaterland so ereignisvollen Tagen besondere Beachtung verdient. Noch nie in der Geschichte hat sich die Einigkeit, Finanz- und Wehrkraft unseres Volkes so glänzend gezeigt, wie in diesem Kriege. In kurzen, fertigen Zügen legt Kaufmann dar, inwieweit dabei unsere Arbeiterversicherung vorbereitet mitgewirkt hat, und wie unsere Versicherungsträger fortgesetzt auch an ihrem Teile dazu beitragen, die Not des Krieges zu lindern und allen wirtschaftlichen Schwierigkeiten wirksam zu begegnen. Seine gemeinverständlichen Darlegungen sind von so aktueller Bedeutung, daß sie weitesten Kreisen bekanntgegeben werden sollten. Sie zeigen uns so recht klar und eindrucksvoll, was wir an unserer Sozialversicherung haben und welche herrlichen Früchte sie gezeigt hat. Kaufmann schreibt:

Deutschland und Oesterreich-Ungarn, die Schulter an Schulter für den Fortbestand altbewährter echter Kultur kämpfen und in ungestümem Siegeslauf immer neue Lorbeeren um ihre Fahnen winden, marschieren auch in der Arbeiterfürsorge seit Anbeginn an der Spitze aller Kulturstaaten. Das ist kein zufälliges Zusammentreffen. Hier bestehen nahe innere Zusammenhänge. Siege und Niederlagen haben tiefe Wurzeln. Die große Zeit, die unser Volk wie mit eiserner Pflugschar aufwühlt und in seiner Seele scheinbar schlummernde Kräfte machtvoll ans Licht bringt, hat auch den bisher nicht voll erkannten Segen der Arbeiterfürsorge offenbar gemacht. Sie erwies sich als eine Quelle deutscher Kriegsbereitschaft. Was man von ihren verweischlichen und entnennenden Folgen, von ihren politischen Enttäuschungen erzählte, waren Märchen. Ein starkes, bis in den Kern gesundes Volk folgt seinem Kaiser. Er rief, und alle, alle kamen.

Es war vor 43 Jahren. Niedergerungen der böse Nachbar, der Traum der Völker erfüllt, das Deutsche Reich neu entstanden. Krieg ist Leben. In denkwürdiger Stunde, im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles gelobte der siegreiche Kaiser, daß er und seine Nachfolger an der Krone allezeit Mehreres des Reichs sein würden an Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gerechtigkeit. Eine Erfüllung dieses Gelübnisses war auch die deutsche Arbeiterfürsorge. In ihr wurde zum erstenmal in der Weltgeschichte die Betätigung der Nächstenliebe als sittliche Pflicht des Staates anerkannt. Mit dieser Gesetzgebung löste Deutschland eine der höchsten Aufgaben des „auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens“ stehenden Gemeinwesens. Der Staat sollte sich nicht mehr, wie Fürst Bismarck 1882 im Reichstag erklärte, der Arbeiter nur dann erinnern, wenn Rekruten zu stellen oder Klassensteuern zu zahlen sind. In Zukunft sollte er sie auch schützen und stützen, damit sie mit ihren schwachen Kräften auf der großen Heerstraße des Lebens nicht überannt und niedergedrückt werden. Kaiser und Kanzler vertrauten, daß ein Staat, der für die wirtschaftlich Schwachen eintritt, damit dem eigenen Nutzen und Frommen dient, und daß die von der Industrie ergriffenen Massen gegen die gesundheitlichen Schädigungen ihres Berufs zu schützen, des Staates wertvollstes Gut, die Volks- und Wehrkraft, sichern heißt. Im Zeichen der neuen Fürsorge, so glaubten sie, erwüchse zum Segen für Deutschlands Wirtschaftsleben eine arbeitsfreudigere, in Güte und Maß der Arbeit leistungsfähigere Arbeiterschaft, würden auch die größten Werte, die es gibt, die sittlichen, ausgelöst.

Der Verlauf der Dinge hat den Pfadfindern der Sozialreform Recht gegeben. Arbeiterversicherung und Arbeiterschutz haben in der Tat einen Eck- und Grundstein für unsere Gesundheitspflege geschaffen, sie sind zu einer sozialpolitischen Schule für die Nation geworden, deren Opferstimm der soziale Gedanke geädelt hat. Es überragt die Arbeit vieler Menschenalter, was die deutschen Versicherungsträger, unterstützt durch unsere ausgezeichnete Verzeugschaft und die ungeahnten Fortschritte deutscher Technik in Gemeinschaft mit Staat und Gemeinde während einer verhältnismäßig kurzen Zeit für die Volkswohlfahrt geleistet haben. Eine widerstandsfähigere, im eigenen Schutze der Gesundheit besser geschulte und in ihrer Gesamtanlage weit über das Daseinsmindestmaß gehobene Arbeiterschaft war der Lohn der hingebenden Tätigkeit. Für das beispiellose Emporschnellen von Handel und Industrie wurde die Arbeiterfürsorge eine mitbestimmende Ursache. Auf diese Weise haben die für sie ausgebrachten schweren finanziellen Opfer als werbende Ausgaben sich zum großen Teile bezahlt gemacht.

Berebter als Worte sprechen Zahlen für die wirtschaftliche Bedeutung der Arbeiterfürsorge und für die Größe des Fortschritts, dessen sich die Arbeiterschaft von heute gegenüber dem älteren Geschlecht erfreut. Es werden an Entschädigungen in der Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung jetzt über 2 Millionen Mark täglich ausgezahlt. Von 1885 bis 1912 haben die Krankentafeln in 105,4 Millionen Erkrankungsfällen Hilfe geleistet und über 5,18 Milliarden Mark an Krankheitskosten aufgewendet. Die Berufsgenossenschaften zahlten in dem gleichen Zeitraum 2,1 Milliarden Mark für Entschädigungen an Unfallverletzte usw. und rund 176 Millionen Mark an Heilverfahrenskosten. Dazu kamen noch rund 25 Millionen Mark zum Zwecke der Unfallverhütung. Besonders bedeutungsvoll wurden die Wohlfahrtsbeiträge von der Landesversicherungsanstalten. Diese haben bis 1912 an Renten 2,3 Milliarden Mark gezahlt. Ihre umfassende Heilfürsorge erfordert gegenwärtig einen jährlichen Aufwand von über 2 Millionen Mark. Der im letzten Vierteljahrhundert erfolgreich geführte Kampf gegen die Lungentuberkulose ist aufs engste mit ihrem kraftvollen Eingreifen verknüpft. In ihren Lungenheilstätten finden über 50 000 Tuberkulose jährlich Aufnahme. Rund 175 Millionen Mark haben sie von 1897 bis Ende 1913 für die Tuberkulosebekämpfung hingegeben. Auch ihre großen Kapitalbestände, zurzeit rund 2 Milliarden

Markt, sind nicht als tote Schätze dem Verkehr entzogen worden. Sie dienen in den verschiedensten Formen zur Erhöhung der Wohlfahrt und Gesundheit des Volkes. Bis Ende 1913 hatten die Landesversicherungsanstalten zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrtspflege 562 Millionen Mark ausgegeben. Daneben waren für den Wohnungsbau noch 482,6 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden. Alle auf diese Weise erhaltenen Arbeiterleben bedeuten nationale Guthaben. Von einem der besten ausländischen Kenner der deutschen Versicherungsrichtungen stammen die schönen Worte: „Das Geld, das in Deutschland für die Durchführung der Versicherungs-gesetze ausgegeben wird, erscheint in tausend Gestalten wieder. Es wird zu Familienglück, Gesundheit und Menschenwürde und schafft ein starkes, lebenskräftiges Deutschland, das ewig dauern wird.“ Ein Franzose, Professor Eduard Auster in Paris, hat sie geprägt. Wie ein Kaiserdrach auf seine ewig blinden Landsleute muten sie uns heute an.

Die auf sozialem Gebiete gewonnene Kameradschaft der Unternehmer ist dem Ausgleich zwischen den deutschen Stämmen zugute gekommen. Daß die Mainlinie überwunden wurde, ist ihr mit zu danken. Vorbildlich für spätere verwandte Einrichtungen, wie die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, brachte die Arbeiterversicherung auch Unternehmer und Arbeiter in vielseitige enge Beziehungen. In gemeinsamer Tätigkeit traten sie sich menschlich und sachlich näher. Durch Teilnahme der Arbeiter an den Verwaltungsgeschäften und an der Rechtssprechung wurde eine wirtschaftliche Einsicht, auch für die Grenzen des Erreichbaren, erhöht. Sie überzeugten sich, daß unser Staatswesen nicht bloß eine notwendige, sondern auch eine wohlthätige, auf die Hebung der Lage der Arbeiter ernstlich bedachte Einrichtung ist. Auch von denen, die die Vorteile der neuen Fürsorge am eigenen Leibe verspürten, haben viele erhöhtes Vertrauen zum Gegenwartsstaate gewonnen. Alles das mußte verführend wirken. Die Früchte einer guten Tat reifen oft langsam. Auf die Dauer können sie nicht ausbleiben. Jetzt haben wir die reiche Ernte eingebracht. Vergeblich horchten unsere Feinde bei Ausbruch des Krieges auf den drohenden Schritt vaterlandsloser deutscher Arbeiterbataillone. Das Vaterland hand auf wie ein Mann. Niemals im Laufe seiner langen und schicksalsreichen Geschichte war es ein so einiges Volk von Brüdern. Weggefegt hat der herrliche vaterländische Aufschwung Klassenhaß und politische Leidenschaften. *Affavit Deus et dissipati sunt!* Die gesundheitlich, geistig und wirtschaftlich gehobene Arbeiterschaft, die freudig zu den Fahnen eilte, weiß, was auch für sie im gegenwärtigen Streite der Völker auf dem Spiele steht. Möge es weitblickender, unserer unergleichlichen Kriegskunst ebenbürtiger Staatskunst gelingen, diesen köstlichen Gewinn, den Geist gegenseitiger Achtung und Verjöhnung zwischen Unternehmern und Arbeitern, in Friedenszeiten treu zu bewahren. Dann wird der in der Vorjahrs vom 17. November 1881 ausgesprochene Wunsch des unvergeßlichen alten Kaisers erfüllt werden, daß sich die Sozialreform als dauernde Bürgschaft inneren Friedens für das Vaterland erweise.

Auch während des Krieges arbeiten die Organisationen der Sozialversicherung ungehindert und sicher weiter wie in Tagen des Friedens. Dank dem oft geschmähten deutschen Drill, der in der fast spielenden Durchführung der Mobilmachung wahre Triumphe feierte, geht auch das tief in das Wirtschaftsleben eingreifende Räderwerk der Arbeiterversicherung seinen ruhigen Gang fort. Denn hinter dem Drill steht „der Ordnung großer Geist“. Von gewissen Einschränkungen in der Fürsorge der Krankentassen abgesehen, bleiben die Ansprüche der Versicherten unverändert bestehen. Warmen sozialen Empfinden entspringt der Entschluß der Berufsgenossenschaften und Landesversicherungsanstalten, auf alle die Beteiligten wirtschaftlich schädigenden oder verstimmenen Maßnahmen, wie die Minderung oder Entziehung von Renten, die Verhängung von Ordnungsstrafen und dergleichen, einstweilen zu verzichten. Aber da, wo es sich um den Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter handelt, wie beispielsweise bei der Unfallverhütung oder im Kampfe gegen die Volksseuchen, besonders die Tuberkulose, werden die Versicherungsträger ihre Tätigkeit soweit möglich noch steigern. Dem nach außen durch Meer und Flotte geschützten Vaterlande dürfen nicht gefährliche

innere Feinde verderblich werden. Aus alledem spricht tief eingewurzelter Ordnungssinn und höchstes humanes Pflichtgefühl. Ein Volk mit diesen sittlichen Kräften kann nicht untergehen. Auf seinen „Ewigkeitsberuf“, das Menschheitsideal zu erfüllen und „auf den Obelisk der Zeiten den Schlufblock zu setzen“, haben schon vor hundert Jahren patriotische Männer vertrauensvoll hingewiesen. Im deutschen Geist und Wesen, so dürfen wir noch zuversichtlicher hoffen, soll einst die Welt genesen.

Der Krieg hat zahlreiche neue Fürsorgebedürfnisse geschaffen. Insbesondere drohen aus der bedrängten wirtschaftlichen Lage weiter Volkstreu ernste Gefahren. Gegen gesundheitliche Schädigungen der Bevölkerung, deren Ausgleich später gewaltige Opfer auch von den Trägern der Arbeiterversicherung erfordern würde, sind diese entschlossen zum Angriff übergegangen. Sofort nach Beginn der Mobilmachung haben sie ihre zahlreichen, musterhaft eingerichteten Krankenhäuser, Genesungsheime und auch einige Lungenheilstätten mit vielen tausend Betten der Kriegsanitätsverwaltung zur Verfügung gestellt. Dieser werden auch die vielen durch die Unfallversicherung vorgebildeten Spezialärzte für Unfallheilkunde wertvolle Dienste leisten. Durch Ueberweisung aller verfügbaren Barmittel an die Reichsbank stärkten die Versicherungsträger unsere ausgezeichnete Finanzkraft. Die Landesversicherungsanstalten zahlten über 400 000 Mk. dem Roten Kreuz als ersten Beitrag. Zu einer der stärksten Waffen der Sozialversicherung im Dienste des Krieges ist die Vorschrift im § 1274 der Reichsversicherungsordnung geworden. Nach ihr können die Landesversicherungsanstalten mit Genehmigung des Reichsversicherungsamts Mittel aufwenden, um allgemeine

Mahnahmen zur Verhütung des Eintritts vorzeitiger Invalidität unter den Versicherten oder zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölkerung zu fördern oder durchzuführen. Eine ähnliche Vorschrift gilt für die Krankentassen, hat aber hier keine große Bedeutung, da die Krankentassen gegenwärtig ihre Mittel für die gesundheitlichen Leistungen dringender benötigen. Sie fehlt aber außer in der Unfall- auch in der Angestelltenversicherung. Die rasch angesammelten großen Vermögensbestände dieses jüngsten und kostspieligsten Versicherungszweigs stehen deshalb für Kriegsaufgaben leider nicht zur Verfügung. Die Landesversicherungsanstalten haben sich kürzlich in einer Konferenz im Reichsversicherungsamt hochherzig bereit erklärt, den an sie herantretenden großen und dringenden Aufgaben in weitestem Umfang gerecht zu werden. Sie wollen die Fürsorge des Staates und der Gemeinden, die hierzu an erster Stelle berufen sind, wirksam ergänzen. Das Reichsversicherungsamt will ihnen genehmigen, im Rahmen der durch § 1274 der Reichsversicherungsordnung bezeichneten Aufgaben Mittel bis zu 5 v. H. ihres Vermögens aufzuwenden. Da dessen Buchwert jetzt nur 2 Milliarden Mark beträgt, so dürfte mit einem Höchstbetrage von etwa 100 Millionen Mark gerechnet werden. Außerdem sind die Landesversicherungsanstalten vom Reichsversicherungsamt ermächtigt worden, durch Lombardierung ihrer Wertpapiere weitere 150 bis 200 Millionen Mark flüssig zu machen, um für die Zwecke der Kriegsfürsorge als Darlehen zu erleichterten Bedingungen an bedrängte Gemeinden, Kreise usw. zu geben. Dabei wird auch die Bekämpfung gesundheitlicher Schäden infolge von Arbeitslosigkeit in Frage kommen. Der nachdrückliche Ernst, mit dem von den berufenen Stellen das schwierige Problem der Arbeitslosigkeit angefaßt wird, um den Blutkreislauf unseres Wirtschaftskörpers in Kriegszeiten allen natürlichen Störungen zum Trotz möglichst aufrecht zu erhalten, ist wieder ein achtunggebietendes Zeichen der unserm Staatswesen innewohnenden Kraft. Für die Beteiligung der Landesversicherungsanstalten an Kriegsangelegenheiten hat sich das Reichsversicherungsamt noch weitere Erleichterungen vorbehalten.

Im heißen Wettrennen der Nationen wird dem Volke die Siegespalme zuteil, das, am stärksten von dem kategorischen Imperativ sozialer Pflicht durchdrungen, im Kampfe gegen menschliches Elend die größten Erfolge aufzuweisen hat, den Schutz der Armen und Notleidenden am wirksamsten durchzuführen vermag. Das habe ich auch im Ausland oft ausgesprochen. Manche mögen über den deutschen Idealisten lächeln haben. Aber die Geschichte zeigt in diesen Tagen darunter ein wichtiges „Ja“ und „Amen“.

### Die Deutsche Kriegsversicherung.

Von den verschiedensten Seiten sind bereits Versuche gemacht worden, eine Versicherung der Kriegsteilnehmer durchzuführen, um eine möglichst günstige Fürsorge für die Angehörigen der im Felde Bleibenden zu schaffen. In außerordentlich zahlreichen Fällen war es aber den Einrückenden wegen der Kürze der Zeit nicht mehr möglich, sich versichern zu lassen und die notwendigen Formalitäten zu erfüllen. Tatsächlich sind Hunderttausende eingerückt, ohne ihre Angehörigen versorgt zu haben.

Andere Versicherungen schufen zwar Einrichtungen, die diese Schwierigkeiten beseitigten, beschränkten aber ihre Wirksamkeit selbst, indem sie nur den Angehörigen einzelner Landesteile die Versicherung ermöglichten. Da ist es erfreulich, daß nunmehr die „Gemeinnützige Deutsche Volksversicherung A.-G.“ den Wünschen der zahlreichen mit ihr verbündeten Organisationen, die insgesamt einen Stand von über drei Millionen Mitgliedern haben, nachkommen ist und neben ihren sonstigen günstigen Versicherungsmöglichkeiten eine auf den Krieg zugeschnittene Versicherung auf Gegenseitigkeit geschaffen hat, die es noch heute den Angehörigen aller im Felde stehenden Krieger ermöglicht, eine Versicherung abzuschließen. Die Organisation ist so einfach wie nur irgend denkbar. Jeder beliebige, durch 5 Mk. teilbare Betrag zwischen 5 und 200 Mk. kann durch Zahlkarte auf das Postfachkonto „14“ „Kriegsversicherung der Deutschen Volksversicherung A.-G. in Berlin“ zu Gunsten eines bestimmten,



## Besonders darauf achten

müssen nun die Vereine, daß das innere Organisationsleben nicht in Stockung gerät. Wo durch die Einberufung Lücken in der Verwaltung entstanden sind, müssen sie gleich ausgefüllt werden. Die Vorstände haben darauf zu achten, daß wieder regelmäßige Versammlungen abgehalten werden, auch ist für die pünktliche Einkassierung der Beiträge und die richtige und schnelle Verbreitung unserer Zeitung Sorge zu tragen. Ermahnt die Kollegen, die in Arbeit und Verdienst stehen, daß sie neben ihren Beiträgen auch Opfer bringen für die Arbeitslosen und bedürftige Familien der Kriegsteilnehmer. Wenn sich diese Kollegen an die Opfer an Gut und Blut der anderen erinnern, dann können und dürfen sie nicht nur für sich sorgen. In dieser ersten und schweren Zeit muß alles brüderlich zusammenwirken um die Kriegsübeln zu lindern. Wir alle müssen darauf bedacht sein, unsere Organisation zu erhalten und darum muß jetzt alles aufgegeben werden, um das innere Leben in den Ortsvereinen rührig zu erhalten. Jetzt zeigt sich der Wert der Organisation, des Zusammenchlusses und darum darf auch jetzt in der Agitation unter den unorganisierten Kollegen nichts versäumt werden. Weist diejenigen, die nun im Heer der Arbeitslosen ohne jegliche Hilfe dastehen, auf ihre Fehler hin und seid fleißig in der Werbearbeit. Wohlauf Kollegen seid auf den Posten!!!



### Kriegsereignisse 1914.

Donnerstag, 13. August.

Die französische Regierung läßt durch Englands Vermittlung erklären, daß sich Frankreich infolge des Vorgehens Oesterreich-Ungarns veranlaßt sieht, alle gegnerischen Maßnahmen zu ergreifen. Zunächst gibt die englische Regierung bekannt, daß sich mit Rücksicht darauf auch Großbritannien als im Kriegszustand mit der Monarchie feindselig betrachtet.

Regieren begibt sich in der Schutz Englands und schließt sich dessen feindseliger Haltung gegenüber Deutschland an. Für die englischen Streitkräfte erwacht daraus der Vorteil, sämtliche Häfen des Landes für ihre Zwecke benutzen zu können.

Insbesondere bemüht sich Rußland, Bulgarien zum gemeinsamen Vorgehen mit Serbien zu bestimmen. Bulgarien bewahrt weiter seine neutrale Haltung; über das Land wird der Besetzungszustand verhängt.

Folgen ihm es weiterhin in ähnlicher Weise ab, auf die Vermittlungsversuche der deutschen Regierung einzugehen. Es erklärt sich dann für den Krieg und tritt offen auf die Seite des deutschen Heeres.

Freitag, 14. August.

Erste von russischer Beobachter Donnik und läßt im Ausdrucksform die russische und unerschöpfende Erklärung abgeben.

Samstag, 15. August.

Die russischen Truppen zwingen einen unbedeutenden Teil des Landes. Nach großen Verlusten werden die Serben ins Hinterland gedrängt.

Die russische Flotte außer Gefahr erfolgt der Angriff des Landheeres auf die Festung.

Sonntag, 16. August.

Kaiser Wilhelm verläßt Berlin, um sich zur Krone an den Rhein zu begeben. Der Reichstag tritt in der Berliner Bevölkerung kann dort für die ihm in den letzten ereignisreichen

Tagen bewiesene Liebe und Anhänglichkeit aus. Gleichzeitig betraut er den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg mit der selbständigen Erledigung bestimmter Regierungsangelegenheiten.

Montag, 17. August.

An der russischen Grenze sind deutsche Truppen erneut siegreich und bestehen mit hervorragender Tapferkeit ein Gefecht bei Stalupönen. Mehr als 3000 Gefangene und 6 Maschinengewehre fielen in ihre Hände, eine Reihe weiterer Maschinengewehre werden vernichtet.

Dienstag, 18. August.

Englische Zeitungen melden, daß das deutsche Unterseeboot U 15 von britischen Streitkräften im Kampf vernichtet worden sei. Tatsache ist, daß U 15 von einer nach der englischen Küste unternommenen Fahrt bisher nicht zurückkehrte und vermisst wird.

Mittwoch, 19. August.

Die bis Weiler bei Schlettstadt vorgebrungene französische 53. Infanteriebrigade wird von bayerischen und badischen Truppen geschlagen und unter großen Verlusten bis über die Vogesen zurückgeworfen. — Dasselbe Schicksal erleidet die französische 5. Kavallerie-Division bei Fervez in Belgien, nördlich von Namur, die gleichfalls unter schweren Verlusten zurückgeworfen wird.

Japan, dessen Entscheidung über seine Stellungnahme zum europäischen Krieg mit Spannung erwartet wurde, übermittelt der deutschen Regierung eine Note, worin unter Berufung auf das englisch-japanische Bündnis die sofortige Zurückziehung der deutschen Kriegsschiffe aus den japanischen und chinesischen Gewässern oder die Abrückung dieser Schiffe, ferner bis zum 15. September die bedingungslose Uebergabe des gesamten Pachtgebietes von Mantschou an die japanischen Behörden und die unbedingte Annahme dieser Forderungen bis zum 23. ds. Mts. verlangt wird.

Einen bemerkenswerten Erfolg zur See erringt der kleine Kreuzer „Straßburg“, der mit dem Kreuzer „Stralund“ einen Vorstoß nach der südlichen Nordsee ausführt. Dabei sinken die „Straßburg“ zwei feindliche Unterseeboote und bringt dieser selben mit wenigen Schüssen zum Sinken. Die „Stralund“ wird

in ein Feuergefecht auf größere Entfernung mit Torpedobootzerstörern verwickelt, in dem zwei der englischen Zerstörer Beschädigungen davontragen.

Gelegentlich eines Gefechts bei Tirlemont in Belgien erobern deutsche Truppen eine schwere Batterie, eine Feldbatterie und eine Jahn und machen 500 Gefangene.

Oesterreichische Streitkräfte nehmen die serbische Stadt Obrenowatsch ein.

Donnerstag, 20. August.

Die deutschen Truppen ziehen in Brüssel ein.

Unter Führung des Kronprinzen Rupprecht von Bayern erkämpfen Truppen aller deutschen Stämme auf Schlachtfeldern zwischen Metz und den Vogesen einen glänzenden Sieg. Der in einer Stärke von mindestens 8 Armeekorps vertretene Feind wird in vernichtendem Ringen zurückgeworfen, etwa 10 000 Gefangene werden gemacht und 150 Geschütze erbeutet.

Auch vom östlichen Kriegsschauplatz treffen Siegesnachrichten ein. Bei Gumbinnen schlägt das 1. preussische Armeekorps die in großer Zahl einfallenden russischen Streitkräfte. Dabei werden 8500 feindliche Soldaten gefangen genommen und schwere Batterien erobert. — Große Verluste bringen die Oesterreicher den Russen bei einem Kampf im Gebiet von Krasnif bei; nicht minder empfindlich geschlagen werden die Gegner bei ihren mehrfachen Versuchen, nach der Bukowina vorzudringen.

Freitag, 21. August.

Bei der Verfolgung des französischen Heeres überschreiten die deutschen Truppen die Linie Luneville-Blancmont-Troyes, dem Feind beständig schwere Wunden schlagend.

Samstag, 22. August.

Weitere Siege erringt die Armer des deutschen Kronprinzen bei Songwoy, nördlich von Metz.

Auf dem belgischen Kriegsschauplatz dringen die deutschen Truppen bis Namur vor.

(„Fortschritt“.)

mit Vor- und Nachnamen, Jahr und Tag der Geburt, Beruf und Wohnort eines genau zu bezeichnenden Kriegsteilnehmers bei jeder deutschen Postanstalt mit gewöhnlicher Zahlkarte eingezahlt werden. Vier Monate nach Beendigung des Krieges wird der gesamte eingezahlte Betrag nach dem Verhältnis der für jeden einzelnen geleisteten Einzahlungen an die Angehörigen der Krieger ausgezahlt, die bis dahin gestorben oder als vermist gemeldet sind.

Vorauszahlungen können bereits früher bei festgestellten Todesfällen erfolgen, natürlich nur in einem Maße, daß der bei der Verteilung erwartungsgemäß für den Einzelfall verfügbare Betrag nicht überschritten wird. Die zahlreichen verbündeten Organisationen der Deutschen Volksversicherung werden ihren ganzen Werbeapparat ehrenamtlich in den Dienst dieses gemeinnützigen Unternehmens stellen und den Versicherungsgeheimen noch zahlreichen Angehörigen der Krieger nahe bringen, die bis jetzt keine Gelegenheit genommen haben, ihre Gatten, Brüder, Väter und Söhne zu versichern. Auch zahlreiche Vereine, Kirchengemeinden, Arbeitgeber usw. werden auf das Leben ihrer Mitarbeiter, Angestellten und Arbeiter Einzahlungen leisten und dadurch nach Möglichkeit für die Angehörigen der im Felde Bleibenden sorgen. Die Deutsche Kriegsversicherung ist vom Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung genehmigt und wird von dem vom Reichskanzler ernannten Reichskommissar der Deutschen Volksversicherung A.-G. überwacht. Die Rechnungslegung erfolgt einem Ausschuss gegenüber, der aus folgenden Herren besteht:

Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner, Erzelenz, Staatsminister in Raumburg a. S.

Dr. Gruner, Erzelenz, Präsident des Kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung a. D. in Berlin

R. Sadelier-Röbbinghoff, Geh. Regierungsrat und Generaldirektor des „Nordstern“ in Berlin.

Ist die durchschnittliche Kriegsterblichkeit — von jetzt ab gerechnet — nicht größer, als sie während des ganzen Feldzuges 1870/71 war, so wird die Deutsche Kriegsversicherung den 25fachen Betrag der Einzahlung auf jeden Sterbefall auszahlen können. Bestimmtere Angaben über die Höhe der Auszahlung lassen sich im voraus naturgemäß nicht machen. Sollte die Sterblichkeit größer sein, so verringert sich der Betrag, ist sie kleiner, so wird er sich erhöhen. Alle eingegangenen Beträge kommen reiflos den Angehörigen der Krieger zu gut. Für die Verwaltung stellt die Deutsche Volksversicherung ihren gesamten Beamtenkörper kostenlos zur Verfügung.

Damit ist jetzt noch jedermann Gelegenheit gegeben, auf das Leben der im Felde stehenden oder noch einrückenden Angehörigen eine Versicherung abzuschließen, die im Falle des Todes eine wertvolle Hilfe werden kann. Die Postfachzahlkarten, die wie Postanweisungen auszufüllen sind, erhält man bei jeder Poststelle.

## Im Salzbergwerk.

Von Arbeitersekretär Karl Fuchs-Stuttgart.

Wenn man unter den Vätern von einem Bergwerk spricht, dann gehen die Vorstellungen oftmals ins Unmögliche. Immerhin aber ist es dankenswert, wenn staatl. Verwaltungen den allgemeinen Besuch zugänglich gemacht werden. Malinagl war dies in der Woche der 1. und 2. Hunderte von Menschen drängten sich mit dem Schläge 9 Uhr an den Einläßtüren, um voller Spannung die Wunder zu schauen, die unsere Mutter Erde birgt.

Jedesmal 9 Personen konnten mit dem Förderkorb, im Bergmännischen „Schale“ genannt, durch den über 150 Meter tiefen Schacht in die Grube gefahren werden. Manchen beschleicht schon im Warenhaus, wenn es nur mit dem Aufzug von einem Stockwerk ins andere befördert wird, ein eigenartliches Gefühl. Ganz anders ist es hier im Grubenloche. Zuerst ein Blodenzucken, der Maschinen fährt langsam an, um dann nach und nach die vorgegebene Schnelligkeit zu erreichen.

Je tiefer man kommt, desto mehr bemerkt man Geruch und Geschmack von Salz. Die Luft drückt sich in den Ohren und Nerven werden bange und unruhig.

Die menschenbeladene „Schale“ fikt mit der größten Vorsicht ganz behutsam unten auf.

Man ist in der Grube. Tröpfeln von oben veranlaßt viele, Schirme aufzuspannen. Zwischen durch hört man in all dem Stöhnen die Stimme der führenden Bergleute, die Richter in den Händen halten: „Keiner weggehen! Hier warten, damit sich keiner verirrt.“

So haben wir ungefähr 3—4 Förderkorblasten abgewartet und vorwärts ging's durch den Hauptstollen.

Dieser Gang ist ungefähr 3—4 Meter hoch, in der Mitte auf dem Boden mit Geseilen belegt, so daß überall Vorsicht geboten war.

Unser Führer war ein alter erfahrener Bergmann und sorgte mit seiner Erklärung nicht. Er führte aus, die Salzlager hätten ihren Ursprung in der Urzeit und seien entstanden aus eingetrockneten salzigen Seen.

Überall an den Wänden glitzert und funkelt das Salz mitten im Gestein wie Diamanten. Niemals sieht man die Gänge oder Stollen durch Holz gestützt. Die Erdmasse ist so fest, daß sie keine Stütze braucht und in sich selbst sehr tragfähig ist. Immerhin wird ein Block von 13—15 Meter zwischen zwei Arbeitsstellen der Sicherheit halber stehen gelassen. Niemals kann das Salz wie die Kohle gehauen oder geschnitten werden. In fast allen Fällen wird geschossen, wie im Kohlenbergwerk, nur daß man hier Schwarzpulver gebraucht.

Eine gar mühsame Arbeit ist es, die von den Bergleuten ausgeführt wird. Bevor wir die eigentliche Arbeitsstelle betreten konnten wir durch einen sogenannten Anschlag. Dieser ist zwei Meter hoch und vielleicht 13 Meter breit; dann erst kommt der Firs, d. i. die Stelle, von welcher das Salz gefördert wird. Mächtige Blöcke, aufgeschüttet in der Höhe der ganzen Arbeitsstelle, liegen hier, die wieder von dem „Schlepper“ verladen, zum Schacht gefahren und dann zu Tage gefördert werden. Die Förderwagen sind aus Eisen und werden durch einen Seilzug mit elektrischem Betriebe in Bewegung gesetzt.

Längs den Wänden sieht man deutlich die Spuren von Sprengungen (Sprenglöcher). Diese Sprenglöcher werden von einer Gesteinsbohrmaschine gebohrt, die symmetrisch arbeitet, d. h. beim Abschließen jedes einzelnen Lochs ein Ergebnis unbedingt zu erwarten ist.

Ein Beispiel: Drei Schießlöcher liegen nahe zusammen, das erste 20 Zentimeter von der Außenwand, das zweite in der gleichen Höhe und Entfernung vom ersten und das dritte etwa in der Mitte über den beiden unteren. Es wird das untere äußere Loch

zuerst abgeschossen; dadurch wird nach unten hin das Gestein für das obere Loch frei. Nachdem nun das obere abgeschossen ist, bekommt das weitere nach unten liegende untere Schießloch Luft, so daß jedem Schuß eine Wirkung nicht versagt ist, um das nötige Material zu liefern.

Kunststimm unter der Erde mutet heimlich an. Vor einem großen Holztor vom Hauptstollen aus stehen wir, um auch in die Geheimnisse eingeweiht zu werden, die hinter den Brettern liegen.

Wir betreten den Festsaal. Viele elektrische Lampen erhellen den großen Raum.

## Ein Märchen in der Unterwelt.

Zuerst bemerken wir eine hübsch in den Salzstein eingehauene richtige Kanzel in natürlicher Größe. Nach vorn zielt sie das Abzeichen des Bergmanns, Schlegel und Eisen. Ueber dem Raum drüben, der Kanzel gegenüber, liegt die Grotte mit der Schutzpatronin der Bergleute, der heiligen Barbara. Etwas weiter hinten, dem Ende des Festsaales zu, erhebt sich ein aus Kristallsalz gebautes Portal. Den Eingang zieren zwei mächtige Salzblöcke. Von dem einen sagt man, daß er einmal am Faschingsumzug in Stuttgart mitgewirkt habe, wobei der Wagen, auf dem er verladen war, zusammengebrochen sei. Ganz im Hintergrund grüßt ein freundliches aus Glühlampen zusammengestelltes „Glück auf“.

Wir wenden uns wieder dem Eingange zu. Dort sehen wir eine aus Kristallsalz errichtete Grotte, in welcher ganz unten ein „Berggeist“ sein Dasein fristet.

Ueber dieser Grotte erhebt sich die Musikantentribüne, die hernieder auf die in Hufeisenform aufgestellte Festtafel, auf welcher mit Rosenquarzen geschmückte Nächstalter stehen, deren Untersatz aus Kristallsalz zusammengesetzte Würfel, durch die wunderbare Beleuchtung wunderbar wirken.

Ueberschaut man das Ganze, dann erblickt man in dieser Anordnung des künstlerisch angelegten Raumes eine Fülle von gebuldriger Bergmannsarbeit, zumal alle Aufbauten aus Kristallsalzfunden in der Größe von 10 Zentimeter im Quadrat zusammengestellt sind.

Die Männer, die hier unten arbeiten, entwickeln, wie es nach der Natur der Sache gar nicht anders sein kann, infolge der Schärfe der Salzsteine ein großes Durstgefühl.



## Gegen die Arbeitslosigkeit im Holzgewerbe.

In der Nummer 38/39 der „Eiche“ wurden die Maßnahmen wieder gegeben, die zur Minderung der Arbeitslosigkeit im Holzgewerbe von den Organisationsvorständen mit dem Arbeitgeberverband des Holzgewerbes getroffen wurden. Nun wurde eine ähnliche Vereinbarung mit dem Rheinisch-Westfälischen Tischler-Zinnungsverband erzielt. Sie lautet:

1. Die geschäftsführenden Zentralvorstände des Rheinisch-Westfälischen Tischler-Zinnungsverbandes und der Holzarbeiterverbände beschließen, ungefäumt Maßnahmen zur Vinderung der Arbeitsnot im Tischlergewerbe einzuleiten.

2. Sie richten an alle öffentlichen Behörden sowie an Private die dringliche Bitte, begonnene Arbeiten fortzuführen, beschlossene Neubauten zur Vergebung zu bringen und die hierfür nötigen Tischlerarbeiten und Wohnungseinrichtungen tunlichst sofort in Auftrag zu geben.

3. Den örtlichen Organisationen wird empfohlen, gemeinsam unter Berücksichtigung der schon eingeleiteten Schritte bei den in Frage kommenden Behörden und in der Öffentlichkeit auf Vergebung von Arbeiten hinzuwirken. Hierbei ist auf eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Aufträge, event. durch Vergebung an Arbeitsgemeinschaften des Tischlergewerbes, zu achten. Im Interesse der Unterbringung, recht vieler Arbeitslosen ist eine möglichst einheitliche Einschränkung der Arbeitszeit in allen Betrieben vorzusehen.

4. Auf alle Fälle sollen die bestehenden Arbeitsverträge ihre volle Gültigkeit behalten und in jeder Beziehung eingehalten werden.

5. An Private wie an die Behörden wird die dringliche Bitte gerichtet, bei der Preisbemessung für erteilte Aufträge die gegenwärtige Notlage des Tischlergewerbes nicht auszunutzen, sondern durch Gewährung von Preisen, die die Selbstkosten decken, es in den Stand zu setzen, die in den Arbeitsverträgen gesicherten Löhne auch weiterhin zahlen zu können.

Rheinisch-Westfälischer Tischler-Zinnungsverband.  
Deutscher Holzarbeiter-Verband.  
Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands.  
Gewerkverein der Holzarbeiter Deutschlands (H.-V.)

## Ueber die Lage des Arbeitsmarktes der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe

im Monat August 1914 berichtet das „Reichsarbeitsblatt“:

Die Säge- und Hobelwerke beschäftigen zum Teil die nicht zum Felddienst eingerückten Arbeiter in voller Schicht weiter.

Bezüglich der Ristenherstellung liegen Militärlieferungen vor. Die sonstigen Aufträge auf Risten laufen nur spärlich ein.

Eine Kleinteilfabrik berichtet über Stilllegung des Betriebs. Er mußte erfolgen, da der Artikel nicht auf Lager gearbeitet werden kann.

Die Parkett- und Stabholzbodenfabriken brauchen nach den vorliegenden Berichten Verkürzung der Arbeitszeit nicht eintreten zu lassen.

Auch die Holzplaner- und Saloujefabriken haben Arbeitszeitverkürzungen bisher nicht vorgenommen; nur die Saloujefabrikation setzte in der zweiten Hälfte des Monats die tägliche Arbeitszeit von 8 auf 6 Stunden herab.

Die Herstellung von Säjjern und Bottichen erfolgte auf Vorrat. Ein kleiner Teil von Arbeitern wurde entlassen.

Die sonstige Holzindustrie hatte, soweit die Betriebe Militärlieferungen in Auftrag erhielten, gut zu tun. Die Lage ist sehr verschieden; viele Betriebe haben geschlossen, andere arbeiten mit verkürzter Arbeitszeit, während andere wieder voll im Betrieb stehen und sogar mit Nachschichten arbeiten. Eine Stilllegung von Betrieben erfolgte insbesondere bei den Fabriken, die Luxusgegenstände herstellen, so in den Werkstätten, die Turniere und Bestandteile für Flügel- und Pianobau herstellen.

Die Möbelindustrie wies, soweit die Fabriken nicht für Militäraufträge arbeiten konnten, nur sehr schwache Beschäfti-

gung auf. Es wurde teilweise auf Lager gearbeitet. Verschiedentlich wurde die normale Arbeitszeit beibehalten. Doch fanden auch vielfach Einschränkungen der Betriebsdauer auf den halben Tag oder auf 4 Tage in der Woche statt.

Aus der Holzwarenindustrie wird über Einschränkung der Betriebsdauer berichtet, zum Teil auf 5 Stunden tägliche Arbeitszeit. Einzelne Betriebe hatten zum Teil mit der Herstellung von Geschloßkörpern neue Arbeit, insbesondere teilweise auch die Hausindustrie.

Aus der Birken- und Pinienfabrikation liegt nur ein Bericht vor, der angibt, daß der Betrieb in der zweiten Woche des Monats stillgelegt werden mußte.

In der Schirmindustrie sind verschiedentlich die Betriebe geschlossen worden. Es wird berichtet, daß trotz der Schließung die Löhne weiterbezahlt werden, allerdings herabgesetzt, und daß die Arbeiterinnen mit Lebensmitteln versorgt werden.

Auf die anfangs fast völlige Störung und gegen Ende des Monats erfolgende Beseitigung weit- folgende Nachweisung hin, welche der gemeinsame Arbeitsnachweis im Deutschen Holzgewerbe (zusammengestellt aus der Fachzeitschrift der Tischler und Holzindustriellen Deutschlands 1914, Nr. 33 bis 36) bietet:

Am Schlusse der Woche von		Arbeitslose Arbeiter		davon Bauhilfsarbeiter	
1. August	7. August	10 995	1 025	5 617	
8. "	14. "	15 921	1 442	7 494	
15. "	21. "	16 470	1 520	7 671	
22. "	28. "	12 384	781	6 150	

Da Ende Juli nur 3738 arbeitslose Arbeiter gezählt worden sind, ist zu erkennen, daß die Arbeitslosigkeit bis Mitte August auf das Vierfache angewachsen ist. In der vierten Woche des Krieges beginnt jedoch eine Abnahme der Arbeitslosen einzutreten.

## Familienunterstützung.

Auf einer Konferenz von Vertretern der freigewerkschaftlichen Zentralverbände, die am 15. September tagte, kam allseitig zum Ausdruck, daß die Arbeitslosenunterstützung die weitest möglichen Mittel der Organisationen in Anspruch nimmt und daß auch nicht in diesem Unterstützungsweitz die größte Fürsorge zugewendet werden muß. Dagegen werde heute namentlich von den größten Gemeinden für die Familien der Kriegsteilnehmer in weitgehendem Maße gesorgt, so daß hierin eine Entlastung der Gewerkschaften möglich sei. Die Konferenz gelangte nach gründlicher Würdigung aller Umstände zur Annahme der folgenden Leitsätze:

„Die Konferenz der Vertreter der Verbände vorstände erklärt, daß, ehe die Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer durch das Reich und die Gemeinde ausgezahlt worden ist, eine vorläufige Hilfeleistung der Gewerkschaften in einzelnen Fällen angebracht war.“

Nachdem vom Reich und zahlreichen Gemeinden die Unterstützung durchgeführt ist und sich ergeben hat, daß die Familien der Kriegsteilnehmer bei dieser Unterstützung zum Teil besser oder mindestens so gut gestellt sind als die Arbeitslosen und ihre Familien, hält die Konferenz, es für dringend geboten, die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer dem Reich und den Gemeinden zu überlassen und die Mittel der Gewerkschaften zur Unterstützung der Arbeitslosen zu verwenden. Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer soll nur in besonderen Notfällen aus freiwilligen Beiträgen der Mitglieder gewährt werden.

Die Konferenz erwartet, daß alle Verbände dieser Unterstützung Folge leisten, damit die Einheitlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation gewahrt wird.

An die Gemeinden, welche ihrer sozialen Pflicht, Zuschüsse zu der vom Reich den Familien der Kriegsteilnehmer gewährten Unterstützung zu leisten, noch nicht nachgekommen sind, richtet die Konferenz das dringende Ersuchen, diese Pflicht unverzüglich zu erfüllen.“

Im weiteren Verlauf verständigte sich die Konferenz über die Maßnahmen zur Hilfeleistung für einzelne durch den Krieg besonders schwer in Mitleidenhaft gezogene Organisationen.

Die bisherigen meist aus den Mitteln der Volkskasse gezahlten Familienunterstützungen der freien Gewerkschaften kommen also durch diesen Beschluß in Fortfall.

## Im Zeichen des Verkehrs.

Für die Entwicklung von Deutschlands Handel und Verkehr sind besonders diejenigen Zahlen von Interesse, die uns einen Einblick in die Leistungen von Eisenbahn und Post geben. Der ständig steigende Umsatz dieser beiden staatlichen Verkehrsinstitute ist auch gleichzeitig der Gradmesser für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes.

Was die Staatsbahnen der Welt anbelangt, so betrug die Länge der im Betriebe befindlichen Eisenbahnen 1912 über eine Million, genau 1 081 487 Km. Davon entfielen auf Staatsbahnen 342 713 Km. oder 31,69 Proz. des Gesamtnetzes. Am stärksten ist das System der Staatsbahnen in Deutschland ausgebildet, wo von 62 738 Km. Bahnen 58 298 Km. Staatsbahnen sind. In Oesterreich-Ungarn ist das Verhältnis schon ungünstiger: von 42 823 Km. sind 37 033 Km. Staatsbahnen, in der Schweiz von 4818 Km. 2738. Italien hat bei einem Gesamtnezz von 17 420 Km. 13 369 Km. Staatsbahnen. In Frankreich ist der Anteil des Staates an der Verwaltung der Bahnen sehr gering. Nur 8941 Km. entfallen von 50 292 Km. auf Staatsbahnen. Rumänien hat fast nur Staatsbahnen, nämlich von 3607 Km. sind 3490 Km. Staatsbahnen. Meistlich verhält es sich mit Bulgarien. Gar keine Staatsbahnen haben in Europa Großbritannien, Spanien, Griechenland und die europäische Türkei. Im europäischen Rußland ist über die Hälfte der Bahnen im Staatsbesitz. Das größte Bahnnetz der Welt haben die Vereinigten Staaten, nämlich 393 536 Km., ohne daß aber auch nur 1 Kilometer verstaatlicht wäre. Von amerikanischen Ländern haben in nennenswertem Umfange Mexiko, Peru, Brasilien, Chile und Argentinien Staatsbahnen. In Asien ist es zunächst Rußland, in dessen Gebieten staatliche Eisenbahnen überwiegen. Die ostindischen Bahnen sind größtenteils staatlich, ebenso sind von 10 986 Kilometer japanischen Bahnen 7837 Km. staatlich. In Afrika überwiegen die Staatsbahnen, da hier der Bahnbau besondere Opfer erfordert und die Kräfte des Privatkapitals in der Regel überfordert. Von 40 707 Km. sind 25 522 Km. Staatsbahnen. Sehr hoch entwickelt ist endlich noch der staatliche Betrieb in Australien, wo von 34 803 Km. 30 518 Km. Staatsbahnen sind.

Ueber die deutschen Eisenbahnen im besonderen enthält das neueste statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich allgemein interessierende Angaben. Im Rechnungsjahr 1912/13 waren 60 878,6 Km. vollstündige Haupt- und Nebenbahnen vorhanden, einschließlich 337,5 Km. im Auslande, die durch das

Reich betrieben wurden. Die Betriebsmittel bestanden aus 28 788 Lokomotiven und Triebwagen, 62 649 Personenzugwagen, 17 428 Gepäckwagen und 627 403 Güterwagen.

Befördert wurden 1744 Millionen Personen und 667,71 Millionen Tonnen Güter. Die Gesamteinnahmen beliefen sich auf 3484 Millionen Mark, davon sind 6,9 Millionen Mark aus Schmalspurbahnen enthalten, die in ungetrennter Rechnung der Vollbahnen laufen. Die gesamten Ausgaben betragen 2352 Mill. Mark, wovon 1166 Millionen Mark auf Gehälter, Löhne usw. kommen und 1186 Millionen Mark auf sachliche Ausgaben. Der Ueberschuß war 1131 Millionen Mark oder 6,29 Prozent des 18437 Millionen Mark betragenden Anlagekapitals.

Die Gesamtzahl der bei den Bahnen beschäftigten Personen betrug 740 249, davon 452 775 Arbeiter und 287 474 Beamte. Der Personenverkehr erbrachte 944,2 Millionen Mark Einnahmen. Davon entfielen auf die

1. Klasse	27,6 Millionen Mark,
2. Klasse	157,2 Millionen Mark,
3. Klasse	412,8 Millionen Mark,
4. Klasse	330,1 Millionen Mark,
Militärbeförderung	16,5 Millionen Mark.

Die Einnahmen aus dem Güterverkehr waren 2252 Mill. Mark. Die übrigen Einnahmen entfielen auf Personengepäck und sonstiges.

An Schmalspurbahnen waren 2212 Kilometer vorhanden, deren Betriebsmittel sich aus 528 Lokomotiven, 1422 Personenzugwagen und 11 379 Gepäck- und Güterwagen zusammensetzen. An Personen wurden 35 414 000 befördert und 11 183 000 Tonnen Güter. Die Gesamteinnahmen betragen 16 841 000, die Ausgaben 13 965 000 Mk., der Ueberschuß 2 883 000 Mark oder 1,8 Prozent des rund 178 Millionen betragenden Anlagekapitals. Beschäftigt waren 2745 Beamte und 3767 Arbeiter.

Inserem waren in Deutschland noch vorhanden 4846,3 Kilometer Straßenbahnen und 10 871,5 Kilometer ihnen ähnliche Nebenbahnen.

### Vereinigte Pinfelfabriken Nürnberg.

Zu den Abwärtskrisen für das Geschäftsjahr 1913/14 ist ergänzend zu bemerken, daß der Fabrikationsgewinn von 1,21 Mill. auf 1,24 Mill. Mk. gestiegen ist, obwohl das abgelaufene Geschäftsjahr, das 25. des Unternehmens, in eine Zeit der abnehmenden Konjunktur fiel, die der Ungunst der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse auszeichnet war. Trotzdem und obgleich die Gesellschaft das Geschäftsjahr mit einem Arbeiterausstand eintrat, der noch ein volles Geschäftsjahr, d. i. bis Ende September 1913 währte, ist es gelungen, den Abgang der Erzeugnisse zu steigern. Jährliche Ausgaben hierfür fehlten. Die Niederlassungen in New York und in U. S. A. haben auch im vergangenen Jahre gute Ergebnisse geliefert. Wie schon seit langer Zeit waren die Preise für Holz- und Holzstoffe in andauernder Steigerung begriffen. Die Gesellschaft ist damit auf lange Zeit hinaus genügend versichert. Die Bilanz verzeichnet bei 3,75 Millionen Mark Aktiva: 0,56 Millionen Mark (ungefähr wie im Vorjahr) Wechselverbindlichkeiten auf die mit 1,93 (1,95) Millionen Mk. bewerteten Immobilien. Die sonstigen Verbindlichkeiten betragen 0,52 (0,23) Millionen Mark, während die Passiva einschließlich der nicht genannten Bankguthaben sich auf 1,77 (1,62) Millionen Mark belaufen. Das Vermögen in Schöpfloch, Maschinen und Geräte und Patente sind vollständig abgeschrieben, die Vorräte werden ohne Einzelangaben mit zusammen 2,13 (2,08) Mill. Mark ausgewiesen, die Bestände in U. S. mit 0,43 (0,52) Mill. Mark und die in New York mit 0,28 (0,24) Millionen Mark. Die Reserven enthielten 1,58 Millionen Mark. Bekanntlich beschließt auch dieses Unternehmen über die Gewinnaufteilung (im Vorjahr 15 Prozent) erst in der Generalversammlung am 29. September. Auch für das neue Geschäftsjahr beabsichtigt die besten Hoffnungen, wenn nicht der Krieg ausgebrochen wäre, der abgesehen von dem allgemeinen Stillstand der Wirtschaft die Ausfuhr nach mehreren der Absatzgebiete des Unternehmens für längere Zeit merklich beeinträchtigt wird. Von einer gänzlichen Einstellung des Betriebes wird bis auf weiteres abgesehen, wenn auch eine starke Einschränkung unabwendbar ist.

### Berliner Tischlerschule.

Die Berliner Tischlerschule (städtische höhere Fachschule, Gewerbeschule) Sprechmannstraße 6, umfasst Tages- und Abendunterricht. Die Gegenstände des Unterrichts sind der Holz- und Metallarbeiten, an den Holzbearbeitungsmaschinen, Materialkunde, Chemie, Buchführung und Kalkulation, Fachzeichnen, Fachzeichnen für Tischler, Bildhauer und Drechsler, Ornament- und Projektionszeichnen, Fachverbindungs- und Formlehre, Stillehre, Modellieren und Holzschneiden für Tischler und Ornament-, Metallschneiden, Werkzeuglehre und Materialkunde für Tischler, Kunstschreiner und

Pflanzengestaltung, Entwerfen und Detaillieren von Bau- und Möbelfacharbeiten, Kunsthandwerk und Innendekoration. Abteilungen, welche Kurse im Fachzeichnen und andere nach Bedürfnis haben: 1. S. Wassertorstraße 31; 2. N. O. Frenzlauer Allee 227/228; 3. N. W. Turmstraße 86; 4. O. Straßmannstraße 6; 5. S. O. Reichensberger Straße 44/45; 6. S. W. Nagelberger Straße 34; 7. N. Albrechtsstraße 12. Anmeldungen nehmen die Leiter der betr. Abteilungen entgegen. Der Unterricht für das Winterhalbjahr beginnt am 8. Oktober 1914. Der Direktor: Ad. Guffävel.

### Kriegszulage statt Gehaltsabzug.

Wie uns aus Guben mitgeteilt wird, erhalten alle im Felde stehenden Angestellten der Berlin-Gubener Hutfabrik Akt.-Ges., vorm. A. Cohn, Abteilung Berlin-Eißner volles Gehalt weiter. Den weiter im Geschäft tätigen Angestellten ist am 31. Juli eine Kriegszulage bewilligt worden. Das sieht anders aus als 30 bis 40 und 50 Prozent Gehaltsabzug in den Warenhäusern.

### □ □ □ □ Aus den Ortsvereinen. □ □ □ □

**Hagen.** In der am 19. Sept. abgehaltenen, sehr gut besuchten Versammlung stand unter Punkt 3 auf der Tagesordnung ein Antrag, bereits Unterstützung für die Familienangehörigen der ins Feld gezogenen Mitglieder. An der Diskussion beteiligten sich fast sämtliche Kollegen, die alle ihre Meinung dahin gehend zum Ausdruck brachten, daß etwas geschehen müsse. Dann wurde ein Antrag angenommen, 250 Mk. aus der Lokalkasse als erste Beihilfe für die Familienangehörigen sofort auszugeben. Die weitere Hilfe wird dann von Zeit zu Zeit in einer vorher bekannt gemachten Versammlung beschlossen. Vom Ortsverein kommen vorläufig 16 Kollegen in Frage, die für unser liebes Vaterland kämpfen. Unter Punkt 4 wurde auf Wunsch der Versammlung eine Sammlung abgehalten. Man machte die freundliche Erfahrung, daß jeder nach seinen Kräften das Beste zu der schönen Summe beizutragen hatte. Nun Kollegen, heißt es in dieser schweren Zeit auch voll und ganz unseren Mann zu stellen, damit auch die Organisation für die Zukunft unsere Richtschnur sei. *Freih. Landau, Schriftführer.*

**Mannheim.** In der Verwaltung unseres Ortsvereins sind infolgedessen Änderungen eingetreten, als der Kollege F. Meyermaier, Kirchenstr. 24, die Massengeschäfte und der Kollege F. Klingensfuß, Redarippe Bau 21, den Schriftführerposten übernahm.

### □ □ □ □ Aus der Rechtsprechung. □ □ □ □

#### Unberechtigte Herabsetzung der Unfallrente.

Ein Arbeiter hatte bei einem Betriebsunfall eine Zertrümmerung des linken Unterarmes und eine schwere Handverletzung davongetragen, wofür er eine Unfallrente in Höhe von 50 Proz. bezog. Auf ärztlichen Rat ließ die Berufsgenossenschaft für den Verletzten einen „Arbeitsstulpen“ anfertigen, mit dessen Hilfe er inhande sein sollte, verschiedene landwirtschaftliche Arbeiten zu verrichten. Der Verunglückte erklärte zwar mit dem Stulpen nicht arbeiten zu können, indessen nahm die Berufsgenossenschaft nach einiger Zeit ohne weiteres eine Besserung der Erwerbstätigkeit des Arbeiters an und stellte einen Antrag auf Rentenminderung, welchem das Schiedsgericht auch Folge gab.

Das Reichsversicherungsamt hat dieses Urteil aufgehoben. Die Meinung der Vorinstanz, der Verletzte habe genügend Zeit gehabt, sich an den Gebrauch des Stulpens zu gewöhnen, und er müsse, wenn er ihn nicht benutzt habe, die Folgen selbst tragen, fand nicht die Billigung des Reichsversicherungsamtes.

Die Herabsetzung der Rente ist eine wesentliche Veränderung der Verhältnisse voraus, so entschied der Gerichtshof. Eine solche Veränderung liegt aber hier nicht vor und wird von den Vorinstanzen auch gar nicht angenommen. Will die Berufsgenossenschaft den Verletzten veranlassen, den Arbeitsstulpen zu tragen, um dadurch eine Besserung seiner Erwerbstätigkeit herbeizuführen, so muß sie das Tragen des Stulpens ordnungsgemäß anordnen, unter der Androhung, daß für den Fall der Nichtbefolgung der Anordnung die Rente zeitweilig ganz oder zum Teil verjagt werden würde. Gegebenenfalls würde die Berufsgenossenschaft alsdann von dem Recht der Verjagung Gebrauch machen können. Zur Zeit liegen die Voraussetzungen hierfür nicht vor, insbesondere ist es an der bezeichneten An-

ordnung mit dem Hinweis auf die Folgen. Unter diesen Umständen bedarf es keiner Entscheidung darüber, ob beim Tragen des Stulpens die Erwerbstätigkeit des Verletzten sich tatsächlich auf mehr als 50 Prozent gehoben haben würde — wobei berücksichtigt werden müsse, daß die Teilrente von 50 Prozent für die schwere Verletzung des Arbeiters nicht gerade hoch bemessen ist. Sonach war das Urteil der Vorinstanz aufzuheben und der Rentenminderungsantrag zurückzuweisen.

### Kann auf Gewährung eines Heilverfahrens geklagt werden?

Einem Versicherten war die Invalidenrente zugesprochen worden. Er legte jedoch Berufung gegen diesen Bescheid ein und verlangte, entweder die ihm bewilligte Rente zu erhöhen oder die Einleitung eines Heilverfahrens anzuordnen. Nachdem das Oberversicherungsamt die Berufung zurückgewiesen hatte, legte der Kläger Revision beim Reichsversicherungsamt ein und beantragte, das Urteil des Oberversicherungsamtes insoweit aufzuheben, als es sich auf die Ablehnung des Heilverfahrens beziehe. Gleichzeitig verlangte er die Beurteilung der Versicherungsanstalt zur Tragung der Kosten eines Heilverfahrens.

Das Reichsversicherungsamt hat die Revision als unzulässig verworfen. Die Unzulässigkeit ergibt sich daraus, daß der Kläger einen Anspruch erhoben hat, der im Spruchverfahren überhaupt nicht verfolgbar ist und über den die Vorinstanz auch gar nicht entschieden hat. Die §§ 1269 ff. und 1305 der Reichsversicherungsordnung geben den Versicherungsanstalten lediglich das Recht, beim Vorliegen der dort bezeichneten Voraussetzungen ein Heilverfahren einzuleiten, legen ihnen aber keineswegs die Verpflichtung dazu auf. Der Vorstand hat vielmehr nach freiem Ermessen darüber zu entscheiden, ob er ein Heilverfahren einleiten will oder nicht. Da somit eine die Versicherungsanstalt zur Einleitung eines Heilverfahrens oder zur Tragung der Kosten einer solchen verurteilenden Entscheidung gar nicht hätte ergehen können, so ergibt sich schon daraus, daß ein Versicherter einen im Klagewege verfolgbareren Anspruch auf Gewährung eines Heilverfahrens nicht haben kann. Uebrigens hat auch die Vorinstanz hierüber eine Entscheidung nicht erlassen, sondern den Kläger lediglich darüber bescheidet, daß die Versicherungsanstalt zur Einleitung eines Heilverfahrens nicht gezwungen werden könne.

### □ □ □ □ □ Patentschau. □ □ □ □ □

Mitgeteilt vom Reichspatentamt Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte kostenlos.

#### Gebrauchsmuster:

- M. 34 i. 614 150: Vorrichtung zum Versenken einer Schreibmaschine an Schreibstischen u. dgl. Alfred Heydemann, Arnstadt i. Th. Ang. 31. 7. 14.
- M. 34 g. 615 086: Raffelapparat mit Druck verwendender Abkühlung. Ja. E. Löwenherz, Lauenförde, Kr. Uslar. Angemeldet 30. 7. 14.
- M. 34 g. 614 410: U-förmiges Verbindungsglied mit Gelenk und Nocken für Rahmen von Bettbetten u. dgl. und deren Verpackung. Patent-Möbelfabrik „Primissima“ Hermann Reinhold, Berlin. Ang. 2. 7. 14.
- M. 34 g. 614 435: Sitzverankerung für Korbsitz- und Liegemöbel. Willi Höber, Hannover. Ang. 2. 7. 14.
- M. 34 g. 614 551: Schlafbänke mit umwendbarer Sitzpolsterung. Johannes Haug, München. Ang. 10. 7. 14.
- M. 34 i. 614 595: Liegender Schrank. Wilhelm Maßbrandt, Berlin-Wilmersdorf. Ang. 16. 7. 14.

#### Erteilte Patente:

- M. 34 i. 278 663: Am Möbel ein- und ausziehbarer, an einem kantigen Tragarm sitzender Klappstisch. Ja. M. Kruschke, Berlin. Ang. 8. 3. 14.
- M. 34 i. 278 664: Zweiteiliger Beschlag für Tischbeine, bei dem sich der eine Teil mittels Schliß auf Zapfen des anderen Teils führt. Emil Weir, München. Ang. 6. 6. 13.

#### Briefkasten der Redaktion.

Beim Ausbleiben oder bei verspäteter Lieferung einer Nummer wollen sich die Postbezieher stets nur an den Briefträger oder die zuständige Bestell-Postanstalt wenden. Erst wenn Nachlieferung und Aufführung nicht in angemessener Frist erfolgen, wende man sich unter Angabe der bereits unternommenen Schritte an unseren Verlag.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 41. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig.

## Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

**Nachruf.**  
Am 21. August starb in Frankreich der Heldensoldat des Vaterland der Kaiserzeit  
**Bruno Jüngling.**  
Sein edler Gewerkschaftsgenosse, sowie seine treue Kameradschaft haben ihm bei uns ein bleibendes und ehrendes Andenken.  
**Rag Scholz nebst Familie**  
Hamburg.

**Einheitliche Vereinsabzeichen.**  
Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsnadel kostet das Stück 50 Pf., Manschettenknöpfe das Paar 1 Mk., und werden dieselben — nach Einsendung des Betrages an den Hauptkassierer Zelle — sofort den Vereinen zugesandt.

**Die Deutschen Gewerksvereine**  
im Strome des öffentlichen Lebens  
von F. Varnholt.

Vorzüglich zur Agitation geeignet und den Ortsvereinen zum Vertrieb an die Mitglieder angelegentlich empfohlen. Um den Verkauf zu fördern und für die Ortsvereine lobend zu gestalten, haben wir den Preis wie folgt festgesetzt:

1 Stück	0,10 Mk.
25	2,00 "
50	3,50 "
100	6,00 "

Die Broschüre soll nicht bloß an unsere Mitglieder, sondern auch an die Mitglieder der anderen Gewerksvereine und an sonstige Arbeiter verkauft werden. Bestellungen sind an das Hauptbureau, Berlin NO 55, Greifswalder-Str. 221/223, zu richten. Die Zusendung der Broschüre erfolgt portofrei gegen Vorweisung des Betrages.

**„Die Eiche“**  
Organ des  
Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands  
**Jahrgang 1913**  
auf feinem Schreibpapier gedruckt, sauber gebunden, ist für unsere Mitglieder, Vereinsbibliotheken und Verbandsgenossen zum Preise von Mk. 3,50 einschließlich Porto zu beziehen durch die Expedition in Berlin NO, Greifswalder Straße Nr. 221-223.  
Früherer Jahrgänge kosten nur Mk. 2,50 per Exemplar.

**Kollegen und Kolleginnen!**  
Beachtet die Vorteile unserer Zuschnittrantkaffe und Sterbekasse des Gewerksvereins.  
Auskunft erteilt und Aufnahmen nimmt entgegen.  
Das Hauptbüro:  
Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 222.